

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

22. Jahrgang

Berlin, den 2. September 1955

Nummer 35

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Wirtschaftsprobleme der deutschen Wiedervereinigung

Die Wiedervereinigung der deutschen Landesteile zwischen Rhein und Oder soll wirtschaftlich gesehen nach der übereinstimmenden Ansicht wohl aller Deutschen bewirken, daß im Raume des neu entstehenden deutschen Bundesstaates die volle Freizügigkeit der Bewohner und der ungehinderte Austausch von Geld und Gütern gewährleistet ist. Dieses Ziel nach über zehnjähriger Trennung zu erreichen, erfordert aber mehr als einen einfachen staatlichen Gründungsakt. Insbesondere die Sicherung des freien Austausches von Geld und Gütern wirft eine Reihe von Problemen auf, die aus der Verschiedenheit der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entwicklung in den Jahren der Teilung erwachsen sind.

Die folgenden Ausführungen zeigen, daß diese Probleme innerhalb eines angemessenen zeitlichen Spielraums durchaus lösbar sind, daß ihre Lösung aber die vorherige politische Wiedervereinigung, das heißt eine handlungsfähige Zentralgewalt, voraussetzt.

Die Produktivitätssteigerung der mitteldeutschen Wirtschaft, Voraussetzung und Folge der Wiedervereinigung

Das wichtigste Merkmal zur Kennzeichnung der heutigen Wirtschaftssituation ist ein wesentlicher Unterschied der durchschnittlichen Wirtschaftsproduktivität in den beiden deutschen Teilgebieten. Sorgfältige Analysen ergeben, daß sowohl Landwirtschaft wie gewerbliche Wirtschaft in Mitteldeutschland nur Beiträge zum Sozialprodukt erarbeiten, die, auf westdeutsche Preisbasis umgerechnet und auf den Kopf der Bevölkerung bezogen, höchstens 80 vH der entsprechenden Beträge in der Bundesrepublik erreichen. Der Einfluß von Qualitätsunterschieden bei manchen Erzeugnissen, der noch zuungunsten Mitteldeutschlands ausschlagen dürfte, ist hierbei nicht berücksichtigt worden.

Es bedarf keines Wortes der Begründung, daß ein derartig hoher Niveauunterschied, selbst wenn man ein gewisses früheres West-Ost-Gefälle als natürliche Gegebenheit hinnehmen will, nach der Wiedervereinigung verschwinden muß, daß aber die Angleichung nicht anders als durch Hebung des Niveaus in Mitteldeutschland erfolgen darf.

Das vergleichsweise niedrige Niveau der mitteldeutschen Produktivität entspringt ökonomisch betrachtet einer mangelhaften Kapitalausstattung. Der landwirtschaftlich genutzte Boden ist durch Versäumnisse in der Düngung und der Boden-

bearbeitung zur Zeit nicht in voller Ertragskraft, der Besatz mit Maschinen ist unzureichend, die mitteldeutschen Forsten werden weit über den natürlichen Zuwachs hinaus genutzt und Industrie und Handwerk haben jahrelang nur unzureichende Ersatz- und Ergänzungsinvestitionen vornehmen können. Selbst die umfangreichen Neuinvestitionen, insbesondere in der Schwerindustrie, entsprechen vielfach nicht dem neuesten Stande der Technik. Zudem fehlt es an ausreichenden Vorräten an Rohstoffen und Materialien, und die vorhandenen Vorräte sind, bedingt durch eine angespannte Devisenlage, meist nicht erster Qualität; ferner handelt es sich vielfach um Austauschstoffe minderer Verwendungsfähigkeit. Diese Umstände — es sind die schwerwiegendsten, aber nicht die einzigen Gründe, denn auch Mängel der Betriebs- und Verwaltungsorganisation sind von Gewicht — gehen insbesondere auf die sowjetische Reparationspolitik zurück, die von 1945 bis 1953 durch Demontagen und Lieferungen aus der laufenden Produktion der mitteldeutschen Wirtschaft nach den niedrigsten Schätzungen Werte im Umfange von mindestens 12 Mrd. \$ entzogen hat¹⁾.

¹⁾ Die mitteldeutschen Reparationsleistungen sind ohne Zweifel eine gesamtdeutsche Last. Die grundsätzliche Anerkennung dieses Tatbestandes müßte dahin führen, daß ihm in einem späteren gesamtdeutschen Finanz- und Lastenausgleich Rechnung getragen wird (möglicherweise mehrjährige Steuerpräferenzen für Mitteldeutschland). Die aus ihm entstandene ökonomische Situation bedarf zu ihrer Beseitigung ökonomischer Mittel, d. h. Investitionen, die dem jeweiligen Sozialprodukt Gesamtdeutschlands entnommen werden.

Aus ökonomischer Sicht würde die Hebung der mitteldeutschen Produktivität mit der Zufuhr gewisser Rohstoffe und Materialien zu beginnen haben, um bestehende Engpässe zu beseitigen, die Qualität der Erzeugnisse zu heben und eine Verbesserung der Bevorratung herbeizuführen, damit ein jetzt vielfach fehlender kontinuierlicher Produktionsablauf gewährleistet wird. Solche Zufuhren von Westdeutschland her durchzuführen, dürfte dort — insbesondere auch angesichts der günstigen Devisensituation — gütterseitig keine allzu schweren Probleme aufwerfen. In der Hauptsache wäre also die Frage der Zurverfügungstellung ausreichender Kredite (Kreditlinien) zu lösen, auch bevor in allen Einzelheiten die Kreditfähigkeit und Kreditwürdigkeit der mitteldeutschen Kreditnehmer eingehend geprüft werden kann. Eine entschlossene Aktion in dieser Richtung würde ohne Zweifel erheblich zur Produktivitätssteigerung beitragen und damit im Enderfolg ihre Berechtigung finden.

Gleichzeitig allerdings wird die Verbesserung der Betriebsausstattung in Landwirtschaft und Gewerbe von der Kapitalseite her einsetzen müssen. Selbstverständlich werden nicht im Laufe weniger Monate alle inzwischen durch Überalterung ersatzbedürftig oder sonstwie unmodern gewordene Anlagen ausgetauscht und erneuert werden können. Aber schon die kurzfristige Beseitigung der dringendsten Engpässe kann die Produktionskraft der Gesamtanlagen bedeutend stärken. Mit der schnellen Beseitigung derartiger Engpässe — auch hier ist eine gewisse Großzügigkeit in der Kreditgewährung erforderlich — könnte die nötige Zeit gewonnen werden, um in späteren Jahren aus selbsterarbeiteten Mitteln die gründliche Erneuerung der Gesamtanlagen durchzuführen.

Ein Sonderproblem sind dabei die hüben und drüben nach der Trennung in beiden Räumen zur Komplettierung der Produktionsanlagen aufgebauten neuen Erzeugungskapazitäten, z. B. die der eisenschaffenden Industrie Mitteldeutschlands und bestimmter Zweige der Textilindustrie in Westdeutschland. Diese neuen Kapazitäten werden zwar den „alteingesessenen Industrien“ in beiden Landesteilen naturgemäß die einfache Wiedergewinnung früherer Absatzgebiete versperren, doch wird sich hier ein Ausgleich finden lassen. Zum Teil sind bereits neue Absatzwege — z. B. Ausfuhr sowohl nach Westen wie nach Osten — erschlossen worden, und weiterhin wird der hohe mitteldeutsche Nachholbedarf den Absatz erleichtern. In nur wenigen Fällen werden aus Standort- und anderen Gründen kostenmäßig so starke Verschiedenheiten bestehen, daß die eine oder andere Neugründung wieder verschwinden muß. Gelegentliche Hilfsmaßnahmen, um gebietsweise hohe Arbeitslosigkeit und unnötig hohe Verluste an Volksvermögen zu vermeiden, dürften Ausnahmen bleiben.

Nicht zu übersehen ist die Tatsache, daß die Leitungen der mitteldeutschen Betriebe und Handelsorganisationen im „volkseigenen“ Sektor der Wirtschaft, der in der Industrie etwa 85 vH der Gesamtproduktion umfaßt, vielfach aus politischen Motiven mit Kräften besetzt sind, die in der Befehlswirtschaft zwar ihre Aufgaben er-

füllen mögen, den Anforderungen einer selbstverantwortlichen Marktwirtschaft — und dazu noch in einem schwierigen Umstellungsprozeß — in fachlicher Hinsicht kaum gewachsen sein werden. Der Ersatz eines Teiles der jetzigen Führungskräfte durch fachlich hochqualifizierte Personen wird daher unumgänglich sein, ist aber gleichzeitig auch ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Steigerung der Produktivität.

An diesem Punkte treffen sich die Überlegungen der Wirtschaftler mit dem rechtsstaatlichen Denken, das unabweisbar nicht nur die Wiedergutmachung der durch ungerechtfertigte Enteignung erlittenen Schäden verlangt, sondern den ungerechtfertigt Enteigneten und zum Teil Abgewanderten auch ihre frühere Stellung im Wirtschaftsleben zurückgeben möchte. Über die Rückgabe unrechtmäßig enteigneten Eigentums wird zwar erst nach sorgfältiger Prüfung entschieden werden können, da u. a. auch der Zustand der Betriebe damals und heute berücksichtigt werden muß, es werden sich jedoch Formen finden lassen, in denen geeignete Personen, zwar nicht unmittelbar in das alte Eigentum, doch in die Führung der Betriebe eingesetzt werden können.

Die Anpassung des Wirtschaftssystems im Prozeß der Wiedervereinigung

Eine Steigerung der Produktivität der mitteldeutschen Wirtschaft kann, wie dargelegt wurde, unter zweckmäßigem Einsatz westdeutscher Mittel alsbald eingeleitet werden und läßt bereits kurzfristig erhebliche Erfolge erwarten. Allerdings wird die Bereitschaft Mitteldeutschlands vorausgesetzt, solche Hilfsleistungen auch anzunehmen. Die Bereitschaft bedeutet insbesondere, daß die Grenzen Mitteldeutschlands den westdeutschen Lieferungen und Kreditgewährungen in einer Weise geöffnet werden, die einen gegenseitigen Verkehr nach den Prinzipien der freien Marktwirtschaft ermöglicht. Ein gesamtdeutscher Gesetzgeber bzw. eine gesamtdeutsche Exekutive wird also als vordringliche Aufgabe Regelungen zur Herstellung eines freien Waren- und Geldverkehrs zu schaffen haben.

Das Wirtschaftssystem, das seit 1948 in Mitteldeutschland nach sowjetischem Vorbilde eingerichtet wurde, steht einer Öffnung der Grenzen an sich entgegen, denn nur wenn das staatliche Außenhandelsmonopol den Warenverkehr über die Grenzen hinaus in der Hand behält und eine lückenlose Devisenwirtschaft jede Umgehung ausschließt, kann z. B. das Kernstück des Systems, das staatlich festgelegte innere Preis- und Lohngefüge, aufrecht erhalten werden.

Dieses Preis- und Lohngefüge ist zwar gegenüber Westdeutschland und den freien Weltmärkten erheblich verzerrt, in sich jedoch völlig geschlossen. Das hervorstechendste Merkmal sind die doppelten Preise für Konsumgüter, insbesondere für die Güter der Ernährungswirtschaft. Die Preisgestaltung beginnt hier bereits beim Erzeuger, der niedrige Preise (erheblich niedriger als in der Bundesrepublik) für einen bestimmten Teil seiner Erzeugnisse bekommt, die auf Grund von Zwangs- und Anbauplänen erzeugt und abgeliefert werden müssen, dann jedoch beträchtlich höhere Preise für die darüber hinaus ver-

kaufte Erzeugnisse, insbesondere der tierischen Produktion, erhält. Der erstgenannte Teil des Warenaufkommens wird zu entsprechend niedrigen Preisen, aber auf Lebensmittelkarten weiterverkauft, die restlichen Mengen, mit noch zusätzlichen hohen Verbrauchssteuern belastet, frei angeboten.

In der gewerblichen Wirtschaft erfolgt die Preisbildung anders. Hier werden die Produktionskosten nach einheitlichen Richtlinien scharf kalkuliert und die Abgabepreise für die Hersteller nach Maßgabe der Selbstkosten staatlich festgesetzt. Für den Konsumbereich werden aber wiederum zum Teil Verbrauchssteuerzuschläge erhoben, früher durch die HO-Akzise auf der Einzelhandelsstufe, heute zumeist durch die Produktionsabgabe bereits beim Erzeuger selbst.

Ergänzt und nach außen abgeschirmt wird das Preissystem durch die Preisfestsetzungen der Außenhandelsmonopolunternehmungen, die im Inlande die importierten Rohstoffe zu willkürlich festgesetzten niedrigen Preisen abgeben, den Exporteuren aber unabhängig vom wirklichen Erlös die nach den Herstellungskosten festgesetzten Inlandspreise vergüten.

Die insgesamt in der Verbrauchersphäre erhobenen Verbrauchssteuern — die Produktionsabgabe ist es nur zum Teil, denn sie enthält auch den größten Teil der früheren Ertragssteuern — bringen Erträge, die nicht nur die an die landwirtschaftlichen Erzeuger und für gewisse Erzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft gezahlten Zuschüsse und die im Außenhandel erforderlichen Preisausgleiche decken, sondern auch einen wesentlichen Teil der Mittel liefern, die der Staatshaushalt für Neuinvestitionen der volkseigenen Wirtschaft ausgibt.

Dem doppelten Preisniveau im Konsumsektor, das den Ausgleich von Angebot und Nachfrage nicht marktmäßig, sondern mit dem Mittel der Verbrauchsbesteuerung erreichen soll — und aus den niedrigen Preisen für Bezüge auf Lebensmittelkarten und hohen Preisen für frei verkäufliche Waren gebildet wird — ist nun das gesamte staatlich festgelegte und nicht vertraglich geregelte Lohngefüge angepaßt. Die Spanne zwischen der niedrigsten und der höchsten Lohn- bzw. Gehaltsstufe ist sehr viel größer als in Westdeutschland. Ferner ist die Differenzierung nach einzelnen Wirtschaftszweigen eine andere, da sie sich nach der durch den Fünfjahrplan begründeten volkswirtschaftlichen Wichtigkeit richtet. Eine gewisse Gleichheit zur Bundesrepublik ergibt sich lediglich aus der etwa gleich hohen Durchschnittslohnhöhe.

Die Geschlossenheit des gesamten Preis- und Lohngefüges müßte mit der Öffnung der Grenzen in sich zusammenbrechen. Es lassen sich bei Einströmen westlicher Waren weder Preise und Löhne auf die Dauer in der festgesetzten Höhe halten noch das System der Verbrauchssteuern, ferner nicht die Zwangsbaupläne der Landwirtschaft, die Produktionsauflagen der Industrie und auch nicht die bisherige Form der Investitionsfinanzierung aus öffentlichen Mitteln. Kein Teil der Zentralverwaltungswirtschaft hat für sich allein nach Herausbrechen auch nur eines der anderen Teile noch Lebenskraft.

Es kann nun keinem Zweifel unterliegen, daß nach Einführung freier marktmäßiger Preisbildung das Preisgefüge der dem Weltmarkt offenen Bundesrepublik sehr bald die Preise auch in Mitteldeutschland bestimmen wird. Das bedeutet aber, daß in Mitteldeutschland die Preise vieler industrieller Rohstoffe, die dort im allgemeinen niedriger liegen als in der Bundesrepublik, ansteigen werden. Da in Mitteldeutschland die Preise für die übrigen Kostenbestandteile im Durchschnitt mindestens ebenso hoch wie in der Bundesrepublik, die Kosten je Stück wegen der geringeren Produktivität aber höher sind, wird die Folge dieser Preisangleichungen eine Belastung der gewerblichen Wirtschaft mit höheren Gesamtkosten sein, die die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe beeinträchtigen wird. Im landwirtschaftlichen Sektor werden die Getreideerzeuger bei höheren Preisen wohl insgesamt ihre Kosten decken können, die stark auf tierische Veredlung eingestellten kleinbäuerlichen Betriebe dagegen werden durchschnittlich erhebliche Erlösschmälerungen hinnehmen müssen, die ihre Lebensfähigkeit bedrohen könnten.

Wenn aber die Zwangsablieferung von landwirtschaftlichen Produkten zu niedrig festgesetzten Zwangspreisen aufhört, müßten automatisch die Lebensmittelpreise für den Konsum, soweit er bisher auf Marken beliefert wurde, ansteigen. Der Lebensstandard der Lohnempfänger mit niedrigen Einkommen und der Rentner (insgesamt mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung) würde dadurch sinken. Ein kleiner Teil der Bevölkerung mit höheren Einkommen dagegen würde, wenn die verschiedenen Verbrauchsabgaben fallen, trotz der Erhöhung der Preise für die bisher auf Karten bezogenen Lebensmittel seinen Lebensstandard unangemessen erhöhen können.

Da die alsbaldige Preisangleichung bei freier Marktwirtschaft nicht aufgehalten werden kann, ist also zunächst eine unmittelbar mit der Wiedervereinigung einsetzende Neuregelung aller Einkommen und eine Angleichung an das Einkommensgefüge in der Bundesrepublik unumgänglich. Diese Neuregelung kann jedoch nicht allein durch die Festsetzung eines vom Verhältnis 1 : 1 abweichenden Umrechnungskurses erfolgen. Sollte sie doch auf diesem Wege gesucht werden, dann wäre das nur mit differenzierten Umrechnungssätzen für die Lohn- und Renteneinkommen in den verschiedenen Stufen möglich.

Damit ist die grundsätzliche Frage einer Angleichung der beiden Währungen, die an sich eine unbedingte Voraussetzung für das Funktionieren des Anpassungsprozesses sein würde, noch nicht beantwortet. DM-West und DM-Ost sind auf Grund der unterschiedlichen Produktionskraft der beiden Wirtschaftsgebiete sicherlich nicht gleichwertig. Die Frage aber, ob vom ersten Tage an vergleichbare Einkommen mit gleicher Kaufkraft in beiden Landesteilen entstehen oder ob zunächst etwas niedrigere Einkommen mit der Produktivitätszunahme langsam wachsen sollen, ist nicht nur nach wirtschaftlichen, sondern nach politischen Erwägungen zu entscheiden. Ein bedrohlicher Geldüberhang besteht z. Zt. nicht, das Kreditvolumen beruht im wesentlichen auf Warendeckung, es gibt auch keine wesentliche Verschuldung des Staates. Statistisch gesehen besteht daher auch kein Zwang zu einer Währungsabwertung, um einen Überhang, der dem System entsprechend nur bei den privaten Guthaben

bestehen könnte, zu beseitigen, es sei denn, daß durch zeitweise Blockierung eine allzu schnelle Realisierung von Sparguthaben für Konsumzwecke verhindert werden soll. Dynamisch freilich werden sich durch die Veränderung aller bisherigen Preise wesentliche, heute noch nicht übersehbare Verschiebungen ergeben. Bei der Umwertung von Guthaben und Verpflichtungen wird, wenn von dem einfachen Schlüssel 1:1 abgegangen wird, daher wohl kaum mit einem einheitlichen Umrechnungssatz gearbeitet werden können, sondern es werden differenzierte Regelungen gesucht werden müssen.

Eine Neuregelung im-Gefüge der Lohneinkommen wirkt naturgemäß ebenfalls auf die Kostensituation in Landwirtschaft und Gewerbe zurück und wird vorübergehend differenzierte Hilfsmaßnahmen für Teile des durch die Preisumstellung bereits benachteiligten bäuerlichen Kleinbesitzes notwendig machen. Aber auch gewerbliche Betriebe, die bereits durch die Erhöhung der Rohstoffpreise belastet werden, werden durch Veränderungen des Lohnniveaus in einzelnen Wirtschaftsbereichen weitere Belastungen erfahren. Die Leichtindustrie, in der heute niedrige Löhne gezahlt werden, wird stärker getroffen werden als die Schwerindustrie mit ihrem heute vergleichsweise höheren Lohnniveau.

Dieser nach der Wiedervereinigung das gesamte Wirtschaftsleben Mitteldeutschlands durchdringende Umwertungsprozeß wird voraussichtlich sehr schnell ablaufen. Er wird die Rentabilität vieler Betriebe nach oben und nach unten beeinflussen; um ungünstige Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt zu verhindern, werden sich vorübergehende Hilfsmaßnahmen für gefährdete Betriebe kaum vermeiden lassen. Es müssen hierfür der einzusetzenden gesamtdeutschen Exekutive gewisse Mittel zur Verfügung stehen, wobei nicht nur an direkte Zuschüsse zu denken ist, denn auch im Wege von Steuerpräferenzen werden sich viele der entstehenden Schwierigkeiten beheben lassen. Daneben aber muß eine Zurückhaltung westdeutscher Betriebe erwartet werden, die nicht beliebig jede sich marktmäßig bietende Möglichkeit, gefährdete mitteldeutsche Konkurrenzbetriebe schnell endgültig auszuschalten, benutzen dürfen, ehe die eingangs erwähnten Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung wirksam geworden sind.

Eine Schätzung, welche Mittel für die sofortige Bereitstellung von Waren und Rohstoffen und insbesondere für Investitionen insgesamt für den Wiedervereinigungsprozeß aufgebracht werden müssen, ist verständlicherweise heute noch nicht möglich. Es kann aber wohl gesagt werden, daß der größte Teil der aufzuwendenden Mittel keine verlorenen Zuschüsse sein werden, sondern daß durch ihren Einsatz eine hohe Produktivitätssteigerung zu erwarten ist, und sie demnach gute Kapitalanlagen sein werden.

An der Aufbringung der Mittel wird sich, neben evtl. Auslandskredithilfen, zunächst vor allem die

westdeutsche Wirtschaft zu beteiligen haben. Mit steigender Produktivität wird sich aber in zunehmendem Maße auch die mitteldeutsche Wirtschaft selbst in die Finanzierung einschalten können.

Was die künftige Gestaltung des Staatshaushaltes betrifft, so ist darauf hinzuweisen, daß zwar durch Aufhebung der überhöhten mitteldeutschen Verbrauchsbesteuerung gewisse Einnahmen fortfallen werden, jedoch auch hohe Ausgaben für die Preisausgleiche verschiedenster Art. Ferner wird der Haushalt von den bisherigen Ausgaben für den Aufbau der volkseigenen Wirtschaft sowie von weiteren sehr erheblichen Ausgaben, die insbesondere durch das politische System bedingt waren, entlastet werden.

Alles in allem dürfte nach einer gewissen Übergangszeit infolge der zu erwartenden außerordentlichen Zunahme des gemeinsamen Sozialprodukts die Steuerbelastung der Wirtschaft — verglichen mit dem heutigen Stand in Westdeutschland — eher abnehmen als zunehmen.

Alles, was bisher an Problemen für den Zeitpunkt der Wiedervereinigung angedeutet wurde: die Neuregelung der Einkommensrelationen mit ihren Rückwirkungen, die Zuführung von Rohstoffen für die laufende Produktion und von Hilfen zum Ausgleich der versäumten und weiter notwendigen Investitionen und deren Finanzierung und auch die Frage der Führungskräfte in der Wirtschaft, wird sofort und gleichzeitig bewältigt werden müssen und kein Nacheinander vertragen. Ihre Lösung bedarf rechtzeitiger und eingehender Überlegungen. Wirtschaftliche Praxis, Verwaltung und Forschung müssen sich in diese Aufgaben teilen.

Ein weiterer Problemkreis bleibt dann die Frage der Beziehungen des mitteldeutschen Raumes zum Wirtschaftsbereich des Ostblockes. Die Entscheidung darüber hängt weitgehend von den politischen Verhandlungen zwischen den Großmächten ab, die ja überhaupt die Voraussetzung für die Wiedervereinigung sein werden. Mitteldeutschland hat, insbesondere nachdem Ende 1953 die Reparationslieferungen aufhörten, seinen Außenhandel nicht unbeträchtlich ausdehnen können und im Jahre 1954 Exporte in Höhe von mehr als einer Mrd. US-\$ durchführen können, von denen etwa vier Fünftel im Raume des Ostblocks abgesetzt wurden. Ähnlich hoch ist die Abhängigkeit vom Ostblock bei den Einfuhren. Hier könnten aus ungünstigen Verträgen unerfreuliche Belastungen erwachsen, zumal Mitteldeutschland noch gewisse Schulden gegenüber der Sowjetunion zu tilgen hat. Die Handelsbeziehungen zum Ostblock könnten aber auch positiv für die gesamtdeutsche Wirtschaft gewertet werden, wenn es gelingt, in den Verhandlungen eine gleichwertige Partnerschaft auszuhandeln, die angemessene Preise sowohl im Export wie im Import sichert.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Facelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.
Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium:* Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig,
Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Rolf Kröngel, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.
Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Eduard Wolf.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.



Main table with columns for Gegenstand, Ge-biet, Einheit, and years 1954/1955. Rows include Industriearbeitsleistung, Produktion (Eisenerz, Koks, etc.), Stromerzeugung, etc.

* BRD = Bundesrepublik Deutschland, W-B = West-Berlin.
†) S = Monatssumme. - D = Monatsdurchschnitt. - Kursive Zahlen: Vorläufig oder geschätzt. - o) Berichtigte Zahl.
1) Neuberechnung. Wertindex. - 2) Ohne Energie, Bergbau, Baugewerbe, Nahrungs- und Genussmittel. - 3) Ohne Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und Bauindustrie. Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern, Baden in verschiedenen Industriegruppen unter 10 Beschäftigte. - 4) Neuer Ferner Kreis ab Jan. 1955. - 5) Mengenmäßige Berechnungen des Statistischen Landesamtes Berlin. - 6) Stahlblöcke und Stahlguss. - 7) Ohne bayerische Pechkohle. - 8) Zechen- und Hüttenkoks. - 9) Öffentliche Werke und industrielle Anlagen. - 10) Kokerei- und Stadtgas. - 11) Aus Kiesöfen und Metallhütten, einschl. Oleum. - 12) Einschl. Zellwoll- und Mischgarne. - 13) Gewerbl.- und Hausschlachtungen. - 14) Ausstoß. - 15) Alle Betriebsgrößenklassen; Neuberechnung. - 16) Sämtliche Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. - 17) Ab 1952 Wohnungen und Wohnräume in Normalbauten. - 18) Portland-, Eisenportland-, Hochofenzement einschl. Bindemittel. - 19) Neuer Berichtskreis ab April; Index verkettet.
Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Bundesministerien für Wirtschaft und Wohnungsbau, - Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. - Deutsche Kohlenbergbau-Leitung i. L., Essen. - Fachstelle Stahl und Eisen, Düsseldorf. - Erdöl und Kohle, Hamburg. - Statistisches Landesamt Berlin, Berlin-Schöneberg.